Versand per E-Mail an:

space@sbfi.admin.ch

swissuniversities

Vorstand swissuniversities

3001 Bern, 24. April 2025

Dr. Luciana Vaccaro

Präsidentin

T +41 31 335 07 40

[luciana.vaccaro@](mailto:luciana.vaccaro@swissuniversities.ch)

swissuniversities.ch

swissuniversities

Effingerstrasse 15, Postfach

3001 Bern

www.swissuniversities.ch

Stellungnahme von swissuniversities zum Bundesgesetz über die Raumfahrt

swissuniversities begrüsst dieses Gesetz, das aus ihrer Sicht dringend notwendig ist. Sie würdigt den Entwurf zum Raumfahrtgesetz als ausgewogen in Inhalt und Umfang; es wird nur reguliert, was effektiv reguliert werden muss. Auch ist die getrennte Betrachtung von Weltraumgegenstand (Bewilligungspflicht), Raumfahrtaktivität (Bewilligungspflicht) und Weltraumaktivität (keine über geltende terrestrische Regelungen hinausgehende Bewilligungspflicht) zielführend.

swissuniversities weist jedoch auf die folgenden Punkte hin, die der Präzisierung bedürfen:

Weltraumgegenstand:

Das RFG verbindet die Definition als «Weltraumgegenstand» im RFG mit einer Bewilligungspflicht. Dabei bleibt jedoch die Definition als «Weltraumgegenstand» unklar: Das RFG hält nicht fest, ob die Nutzlast (Payload) ebenfalls unter diese Definition fällt.¹ Die Frage der Nutzlast (Payload) ist z.B. im Liechtensteinischen Weltraumgesetz klar definiert. Dort ist laut Art 4 die Nutzlast (Payload) explizit von der Bewilligungspflicht ausgenommen.

Dabei würde eine Bewilligungspflicht jeglicher Nutzlast (Payload) zu einer eklatanten Behinderung der Nutzung des unteren Erdorbits (LEO) durch Schweizer Industrie und Forschung führen. Auch würde sich die Frage der rechtlichen Zulässigkeit einer solchen Regelung für Payload stellen, da die rechtlichen Grundlagen des Trägersystems (Satellit, Raumfahrzeug oder Raumstation) auch für die Subsysteme bestimmend sind.

Vorschlag: Nutzlast (Payload) als Teil eines Trägersystems (Satellit, Raumfahrzeug, Raumstation) ist explizit von der Definition als «Weltraumgegenstand» und damit von der Bewilligungspflicht laut RFG auszunehmen.

¹ Art. 3 Best. b definiert einen Weltraumgegenstand als "Gegenstand, der in den Weltraum gestartet wurde oder gestartet werden soll ... einschliesslich seiner Bestandteile ...". Diese Definition lehnt sich – wie auch in erläuternden Bericht zum RFG ausdrücklich erwähnt - an die von der UNOOSA veröffentlichten Sofia Guidelines aus dem Jahr 2013, hier Art. 2, an: «Space object: The term "space object" refers to any object launched or intended to be launched into outer space including its component parts as well as its launch vehicle and parts thereof.» Eine Nutzlast (Payload) könnte in diesem Zusammenhang "Bestandteil" (Text des RFG) bzw. als "component part" (Text der Sofia Guidelines) eines Weltraumgegenstandes definiert werden. Die Erläuterungen erwähnen, welche Systeme durch die Definition als Weltraumgegenstand erfasst werden, namentlich "Satelliten und Trägerfahrzeuge", aber nicht, welche *nicht* als Weltraumgegenstand definiert werden. Damit fehlt eine eindeutige Zuordnung der Nutzlast (Payload).

Trägerfahrzeug:

In Art. 3, Buchstabe b, Ziffer 2 «das Trägerfahrzeug (...)» fehlt der Zusatz «und dessen Teile». Diese sind zwar in den Erläuterungen erwähnt, beim Gegenstand selbst (Ziff. 1) sind aber die «Bestandteile und allfällige Fragmente» mitgenannt, was eine Inkonsistenz ist.

Vorschlag: In Ziffer 2 wird analog zu Ziffer 1 ergänzt: «Das Trägerfahrzeug, einschliesslich seiner Bestandteile und allfälliger Fragmente infolge einer Zerstörung.»

swissuniversities

Beteiligungsverhältnisse:

Der erläuternde Bericht hält auf Seite 27 fest, dass das RFG keine Anforderungen an die Beteiligungsverhältnisse stellt. Das Aktionariat muss aber nur bei börsenkotierten Gesellschaften transparent sein. Somit ist beispielsweise möglich, dass ein anderer Staat ein schweizerisches Raumfahrtunternehmen de facto kontrolliert. Dies hat kürzlich ein Fall in Liechtenstein gezeigt. Dieser Fall sollte aus Sicht der Interessen der Schweiz abgewogen werden.